

Die Briefe der Fraktionen als Montage

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Die Fraktionen im Kreistag Gütersloh
CDU, SPD, GRÜNE, FWG/UWG
Kreishaus Gütersloh
Herzebrocker Straße 140

33324 Gütersloh

Erlass eines gesetzlichen Frackingverbotes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die unterzeichnenden Fraktionen im Kreistag Gütersloh fordern, zur Sicherung einer ungefährdeten Wasserversorgung, die Gasgewinnung durch das sogenannte Fracking-Verfahren gesetzlich zu verbieten.

Da der Kreis Gütersloh eine besonders hohe Dichte privater Trinkwasserbrunnen hat, stellt Fracking als Risikotechnologie eine besondere Gefahr dar, die wir grundsätzlich ablehnen.

Daher ist ein Verbot der Methode des Frackings und aller damit verbundenen Maßnahmen im Wasserhaushaltsgesetz und im Bundesberggesetz erforderlich.

Wir fordern Sie auf, ein solches konsequentes und bundesweites Frackingverbot zu verabschieden.

Wir bitten Sie, unseren Brief an die Regierungsmitglieder weiterzuleiten.

Staatskanzlei
Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft
Stadttor 1

40219 Düsseldorf

Die Fraktionen im Kreistag Gütersloh
CDU, SPD, GRÜNE, FWG/UWG
Kreishaus Gütersloh
Herzebrocker Straße 140

33324 Gütersloh

Erlass eines gesetzlichen Frackingverbotes

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

die unterzeichnenden Fraktionen im Kreistag Gütersloh fordern, zur Sicherung einer ungefährdeten Wasserversorgung, die Gasgewinnung durch das sogenannte Fracking-Verfahren gesetzlich zu verbieten.

Da der Kreis Gütersloh eine besonders hohe Dichte privater Trinkwasserbrunnen hat, stellt Fracking als Risikotechnologie eine besondere Gefahr dar, die wir grundsätzlich ablehnen.

Daher ist ein Verbot der Methode des Frackings und aller damit verbundenen Maßnahmen im Wasserhaushaltsgesetz und im Bundesberggesetz erforderlich.

Wir begrüßen Ihr Versprechen, Fracking in Nordrhein-Westfalen nicht zuzulassen. Da unterirdische Grundwasserströme nicht vor Landesgrenzen Halt machen, fordern wir Sie auf, im Bundesrat für ein konsequentes und bundesweites Frackingverbot zu stimmen.

Wir bitten Sie, unseren Brief an die Regierungsmitglieder sowie die im Landtag vertretenden Fraktionen weiterzuleiten.

Bundestag
Präsident des Deutschen Bundestages
Dr. Norbert Lammert MdB
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Die Fraktionen im Kreistag Gütersloh
CDU, SPD, GRÜNE, FWG/UWG
Kreishaus Gütersloh
Herzebrocker Straße 140

33324 Gütersloh

Erlass eines gesetzlichen Frackingverbotes

Sehr geehrter Herr Präsident,

die unterzeichnenden Fraktionen im Kreistag Gütersloh fordern, zur Sicherung einer ungefährdeten Wasserversorgung, die Gasgewinnung durch das sogenannte Fracking-Verfahren gesetzlich zu verbieten.

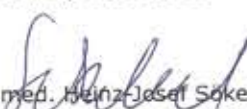
Da der Kreis Gütersloh eine besonders hohe Dichte privater Trinkwasserbrunnen hat, stellt Fracking als Risikotechnologie eine besondere Gefahr dar, die wir grundsätzlich ablehnen.

Daher ist ein Verbot der Methode des Frackings und aller damit verbundenen Maßnahmen im Wasserhaushaltsgesetz und im Bundesberggesetz erforderlich.

Wir fordern Sie auf, ein solches konsequentes und bundesweites Frackingverbot zu verabschieden.

Wir bitten Sie, unseren Brief an die Fraktionen des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.

Gütersloh, 02.03.2015


Dr. med. Heinz Josef Sokeland
Fraktionsvorsitzender CDU


Liana Fülling
Fraktionsvorsitzende SPD


Helga Lange
Fraktionsvorsitzende GRÜNE


Johannes Sieweke
Fraktionsvorsitzender FWG/UWG